

Immer weniger Studierende? Immer weniger Geld? Eine Bestandsaufnahme monetärer und nichtmonetärer Kennzahlen für ostdeutsche Hochschulen

Alexander Eck, Sabine Gralka und Julia Heller*

Einleitung

Die Bedeutung der Hochschulbildung in Deutschland nimmt stetig zu. In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Studierenden in Deutschland sprunghaft angewachsen und hat die vereinbarten Zielzahlen übertreffen können [vgl. BMBF (2014a)]. Diese Entwicklung bildet eine große bildungspolitische Herausforderung, der sich Länder und Hochschulen gegenübersehen. Überfüllte Hörsäle, hohe Belastungen der Mitarbeiter und ein zunehmender Ersatz der Finanzierung von Grundmitteln durch Drittmiteinnahmen werden im Rahmen der politischen Diskussion immer häufiger thematisiert. Auch wenn der Höhepunkt der Studienanfängerzahlen voraussichtlich im Jahr 2013 erreicht wurde, projizieren Bildungsvorberechnungen für die Hochschulen auch langfristig eine hohe Nachfrage nach Studienplätzen [vgl. BMBF (2014a)]. Vor diesem Hintergrund stehen die Hochschulen vor der Herausforderung, sich an die neuen Gegebenheiten anzupassen und ihre Aufgabenerfüllung in den Bereichen Lehre und Forschung auch weiterhin zu gewährleisten.

Mit der Föderalismusreform wurde die Zuständigkeit für den Hochschulbereich allein den Ländern zugesprochen, in deren Aufgabenbereich damit auch die Finanzierung der Hochschulen fällt. Der Bund hat nur noch die Möglichkeit, durch kooperative Förderprojekte mit den Ländern eine Zusatzfinanzierung bereit zu stellen.

Mit dem folgenden Beitrag soll eine Auswahl monetärer und nichtmonetärer Kennzahlen für die ostdeutschen Flächenländer im Vergleich zu den Flächenländern West dargestellt werden. Ziel ist es, eine Beurteilung hinsichtlich der Struktur und Entwicklung des Hochschulbereiches geben zu können. Hierfür werden zunächst der Hochschulzugang und die Studienanfängerzahlen im Ländervergleich betrachtet. Während die Zahl der Studienanfänger und der Studierenden sowohl in den ostdeutschen Flächenländern als auch in den Flächenländern West in den vergangenen Jahren angestiegen ist, hat sich aufgrund veränderter demographischer Rahmenbedingungen die Zusammensetzung der Studentenschaft nach Herkunft in Ostdeutschland stark verändert. Kamen vor dem Jahr 2008 noch über 50 % der Studienanfänger in den meisten ostdeutschen Flächenländern aus dem

eigenen Land (lediglich in Brandenburg wurden wegen der Nähe zu Berlin nur 35 % erreicht), lag dieser Wert im Jahr 2012 nur noch bei 27 % bis 37 %.

Aufbauend auf diesen Ergebnissen folgt eine Analyse der Finanzausstattung sowie der Ausgaben der ostdeutschen Hochschulen, wobei die Kennzahlen in Bezug zu ausgewählten nichtmonetären Größen gesetzt werden. Deutlich höhere laufende Ausgaben je Studierenden können in jenen Ländern konstatiert werden, die verstärkt Studienangebote in vergleichsweise teuren Studiengängen, beispielsweise Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften, anbieten. Während die laufenden Ausgaben über alle Fächergruppen hinweg im Ländervergleich in den vergangenen Jahren einen annähernd konstanten Verlauf aufweisen, zeigt sich bei der Betrachtung der Einnahmen eine zunehmend größer werdende Bedeutung der zusätzlich zur Grundfinanzierung eingeworbenen Drittmittel, da die vom jeweiligen Hochschulträger zugewiesenen Mittel nicht im gleichen Maße wie die Studierendenzahlen angewachsen sind.

Weiterhin werden in diesem Abschnitt ausgewählte Kooperationsprojekte zwischen Bund und Ländern als zusätzliche Einnahmequellen vorgestellt. Es wird dabei untersucht, wie stark insbesondere die ostdeutschen Bundesländer von diesen Kooperationsprojekten profitieren können. Die Auswahl beschränkt sich auf den Hochschulpakt 2020, die Exzellenzinitiative sowie den Qualitätspakt Lehre.

Studienanfänger und Studierende

Im Artikel zur Bestandsaufnahme der demographischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für ostdeutsche Hochschulen [Eck et al. (2015b)] werden die veränderten demographischen Rahmenbedingungen beschrieben, denen sich die Hochschulen in Ostdeutschland gegenüber-

* Alexander Eck und Julia Heller sind Doktoranden der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V., Sabine Gralka ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät Wirtschaftswissenschaften, Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung der Technischen Universität Dresden.

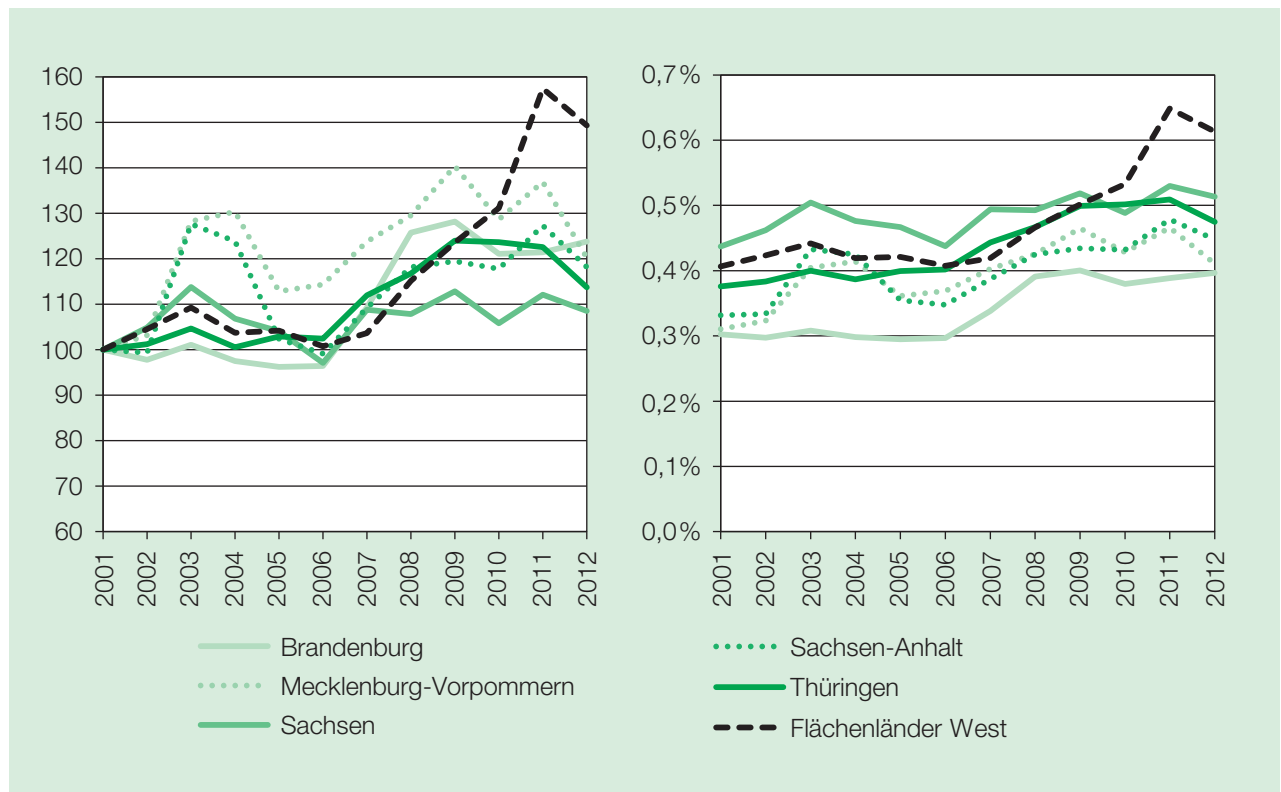
sehen. Die Kernergebnisse zeigen dabei einen deutlichen Rückgang der Zahl der Studienberechtigten sowie einen stark verbesserten Wanderungssaldo der Studienanfänger in den ostdeutschen Flächenländern seit dem Jahr 2008. Es stellt sich daher die Frage, ob Wanderungsbewegungen den Rückgang an Studienberechtigten aus dem eigenen Land kompensieren konnten. Hierzu werden Studienanfängerzahl und Studierendenzahl sowie Herkunft der Studierenden betrachtet. Die Studierendenzahl dient im Fortgang der Analyse auch als Indikator für die Größe der Hochschullandschaft in einem Land. Ebenso wird die Struktur der Studierenden, insbesondere aus den als vergleichsweise kostenintensiv geltenden Fächergruppen der Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften sowie Ingenieurwissenschaften dargestellt.

Die Zahl der Studienanfänger hat sich im Vergleich zum Jahr 2001 bis zum Jahr 2012 in allen betrachteten Regionen erhöht (vgl. Abb. 1, links). Der Anstieg fiel dabei in den Flächenländer West am höchsten aus (+49%). Bis zum Jahr 2008 jedoch vollzog sich mit Ausnahme Sachsens die Entwicklung in den ostdeutschen Flächenländern positiver als in den Flächenländern West, die bis

dahin einen relativ geringen Zuwachs der Studienanfängerzahl von 15 % verzeichneten. Mecklenburg-Vorpommern hatte zum gleichen Zeitpunkt die Zahl der Studienanfänger bereits um rund 30 % erhöhen können. Diese Entwicklung verlor sich für die ostdeutschen Flächenländer bis zum Jahr 2012 weitgehend: Zwischen den Jahren 2008 und 2012 konnte nur Sachsen die Zahl der Studienanfänger weiter erhöhen (+1%), in allen anderen ostdeutschen Flächenländern ging die Studienanfängerzahl um bis zu 7% (Mecklenburg-Vorpommern) zurück. Dahingegen konnten die Flächenländer West eine Erhöhung der Studienanfängerzahl um knapp 30% im selben Zeitraum verzeichnen. Dies ist jedoch zumindest teilweise durch die doppelten Abiturjahrgänge in den Jahren 2011 und 2012 in den Ländern Niedersachsen, Bayern und Baden-Württemberg bedingt [vgl. Eck et al. (2015b)].

Das Verhältnis von Studienanfängerzahl zur Bevölkerungsgröße ist im Betrachtungszeitraum in allen Vergleichsregionen angestiegen. Auch hier verzeichnen die Flächenländer West den größten Zuwachs, während die ostdeutschen Flächenländer etwa ab dem Jahr 2008 kaum eine weitere Erhöhung verzeichneten (vgl. Abb. 1

Abbildung 1: Entwicklung der Studienanfängerzahl (2001=100, links) und Verhältnis aus Zahl der Studienanfänger und Bevölkerungsgröße (rechts) in den ostdeutschen Flächenländern und den Flächenländern West



Quellen: Statistisches Bundesamt (2014a), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

rechts). Den Hochschulen in Ostdeutschland ist es dank einer Verbesserung des Wanderungssaldos dennoch gelungen, die veränderten demographischen Rahmenbedingungen abzdämpfen.

Die Herkunft der Studienanfänger hat sich jedoch in den ostdeutschen Flächenländern deutlich verändert (vgl. Abb. 2). Der Anteil der Studienanfänger mit Herkunft aus dem eigenen Land ist im Betrachtungszeitraum in allen ostdeutschen Flächenländern gefallen. Diese Entwicklung vollzog sich verstärkt ab dem Jahr 2008 – so sank der Anteil in Sachsen-Anhalt beispielsweise von 52 % im Jahr 2008 auf 31 % im Jahr 2012. Dahingegen stieg der Anteil an Studienanfängern aus den Flächenländern West in den ostdeutschen Flächenländern insbesondere ab dem Jahr 2008 teils deutlich an – in Sachsen-Anhalt von 13 % auf 33 %. Bei den Flächenländern West änderte sich die Struktur der Herkunft der Studienanfänger nicht wesentlich. Im gesamten Zeitraum kamen zwischen 81 % und 85 % der Studienanfänger ebenfalls aus dieser Region.

Eine Betrachtung des Verhältnisses der Studienanfängerzahl und der Größe der Kohorte der 18- bis 21-Jährigen, die für die Studienanfängerzahl maßgeblich ist, zeigt die Effekte, die sich aus der Wanderung ergeben (vgl. Abb. 3, links). In den Jahren 2001 bis 2006 lag dieses Verhältnis in den Flächenländern West höher als in jedem ostdeutschen Flächenland. Etwa ab dem Jahr 2008 erhöhte sich dieses Verhältnis in Ostdeutschland jedoch überproportional, sodass im Jahr 2012 alle ostdeutschen Flächenländer den entsprechenden Wert der Flächenländer West übertreffen konnten.

Die Zahl der Studierenden ist anders als die Zahl der Studienanfänger in den ostdeutschen Flächenländern im Zeitraum der Jahre 2001 bis 2012 nicht schwächer gewachsen als in den Flächenländern West (vgl. Abb. 4, links). Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt konnten ihre Studierendenzahl im Vergleich mit den Flächenländern West im Betrachtungszeitraum stärker steigern, Sachsen und Thüringen geringer. In allen Regionen erhöhten sich die Studierendenzahlen um 23 % bis 50 %. Relativ zur Bevölkerungsgröße unterscheidet sich die beobachtete Entwicklung der Studierendenzahlen nicht wesentlich von der der Studienanfängerzahlen (vgl. Abb. 4, rechts). Brandenburg liegt über den Zeitraum der Jahre 2001 bis 2012 am unteren Rand der Vergleichsregionen, Sachsen und die Flächenländer West am oberen Rand. Es kam insgesamt in allen Regionen zu einem Anstieg der Verhältnisse von Studienanfängern bzw. Studierenden zur Bevölkerungsgröße um mindestens 17 %.

Ebenso wie bei den Studienanfängern stellt sich die Entwicklung der Studierendenzahl relativ zur relevanten Bevölkerungsgruppe in den ostdeutschen Flächenlän-

dern im Vergleich zu den Flächenländern West günstiger dar (vgl. Abb. 3, rechts). So gibt es im Jahr 2012 bei den Studierenden keinen systematischen Unterschied mehr zwischen den betrachteten west- und ostdeutschen Regionen, während im Jahr 2001 der Wert der Flächenländer West den Brandenburgs um beinahe das Doppelte überstieg.

Bei der Zusammensetzung der Studierenden in den mutmaßlich ausgabenintensivsten Fächergruppen ist kein Bruch im Jahr 2008 feststellbar (vgl. Abb. 5). Der Anteil an Studierenden der Fächergruppe Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften ist in Sachsen-Anhalt und vor allem Mecklenburg-Vorpommern vergleichsweise hoch, wobei sich der Anteil seit dem Jahr 2003 nochmals deutlich erhöht hat. Sachsen und Thüringen liegen im gesamten Betrachtungszeitraum etwa auf dem Niveau der Flächenländer West, Brandenburg bildet wegen des Fehlens von Angeboten der Universitätsmedizin fast keine Studierenden in dieser Fächergruppe aus. Bei den Ingenieurwissenschaften ist der Anteil der Studierenden in Sachsen und Thüringen am höchsten, in Mecklenburg-Vorpommern jedoch unterdurchschnittlich. Brandenburg und Sachsen-Anhalt erreichen etwa das Niveau der Flächenländer West.

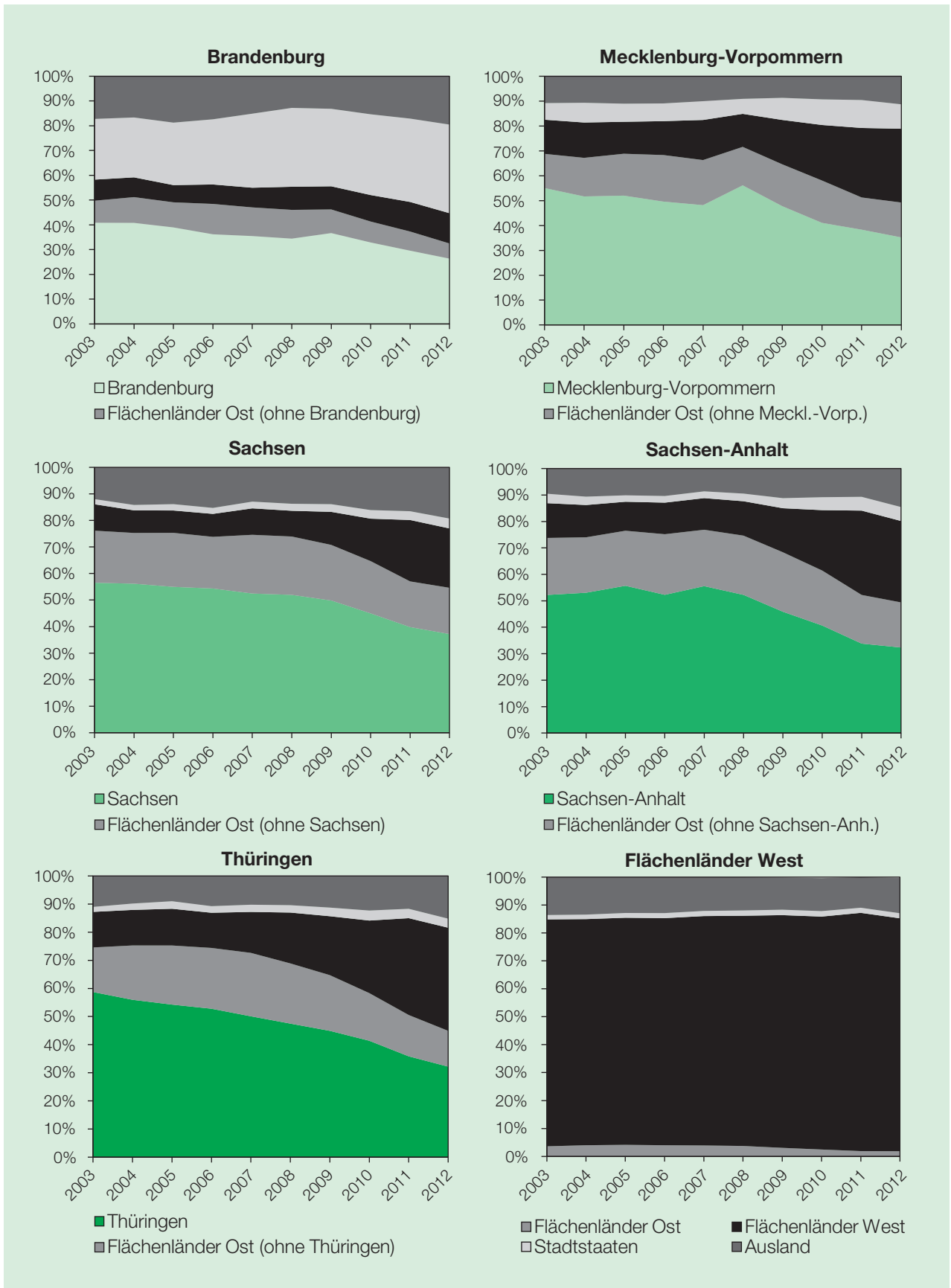
Die Zusammensetzung der Studierenden wirkt unmittelbar auf die Ausgaben und Einnahmen der Hochschulen. Dieser Zusammenhang wird im nachfolgenden Abschnitt genauer beleuchtet.

Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen

Datengrundlage

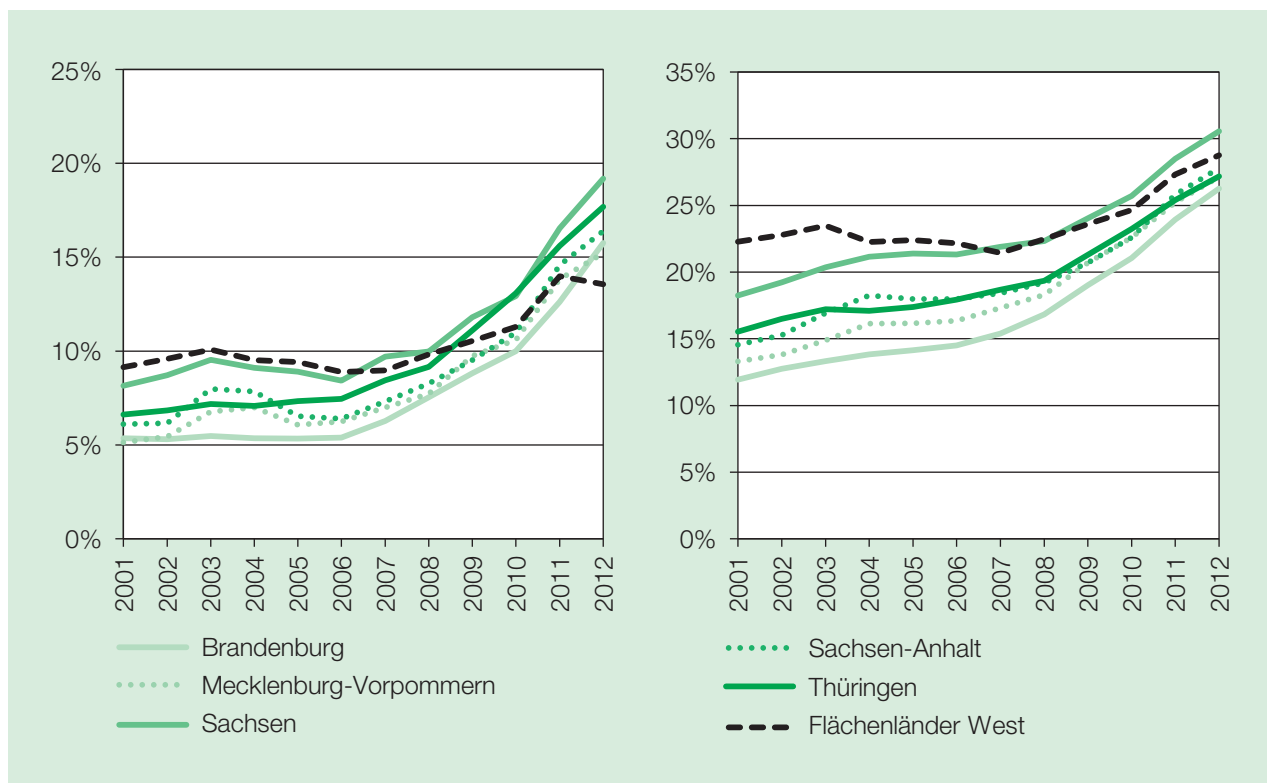
Für eine Beurteilung der Finanzierungssituation ostdeutscher Hochschulen werden im folgenden Abschnitt sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben der Hochschulen gegenübergestellt. Die Datengrundlage für die Analysen bildet die Hochschulfinanzstatistik, in welcher die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen und privaten Hochschulen nach Arten sowie in fachlicher Gliederung erhoben werden.¹ Die Einnahmen untergliedern sich dabei in „Gesamteinnahmen“ und Grundmittel. Die „Gesamteinnahmen“ umfassen dabei die eigenen Einnahmen der Hochschulen, also Verwaltungseinnahmen (einschließlich Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit) und Drittmiteileinnahmen. Die Grundmittel sind in der Hochschulfinanzstatistik als Differenz aus Gesamtausgaben und „Gesamteinnahmen“ definiert. Sie können daher als Zuschussbedarfe der Hochschulen interpretiert werden. Die von den Hochschulen tatsächlich erhaltenen Zuschüsse und Zuweisungen durch Bund und Länder

Abbildung 2: Herkunft der Studienanfänger in den ostdeutschen Flächenländern und den Flächenländern West



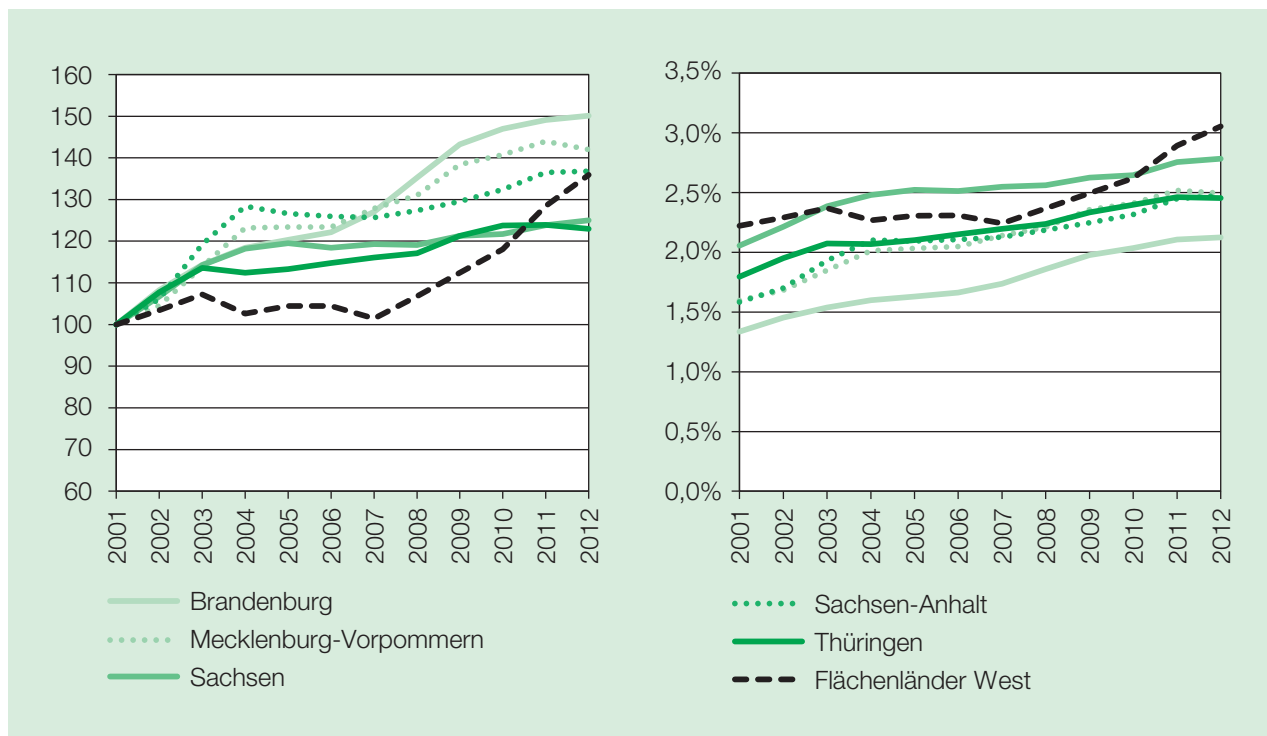
Quellen: Statistisches Bundesamt (2014b), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 3: Verhältnis der Studienanfängerzahl zur Größe der Kohorte der 18- bis 21-Jährigen (links) und Verhältnis der Studierendenzahl zur Größe der Kohorte der 18- bis 26-Jährigen (rechts) in den ostdeutschen Flächenländern und den Flächenländern West



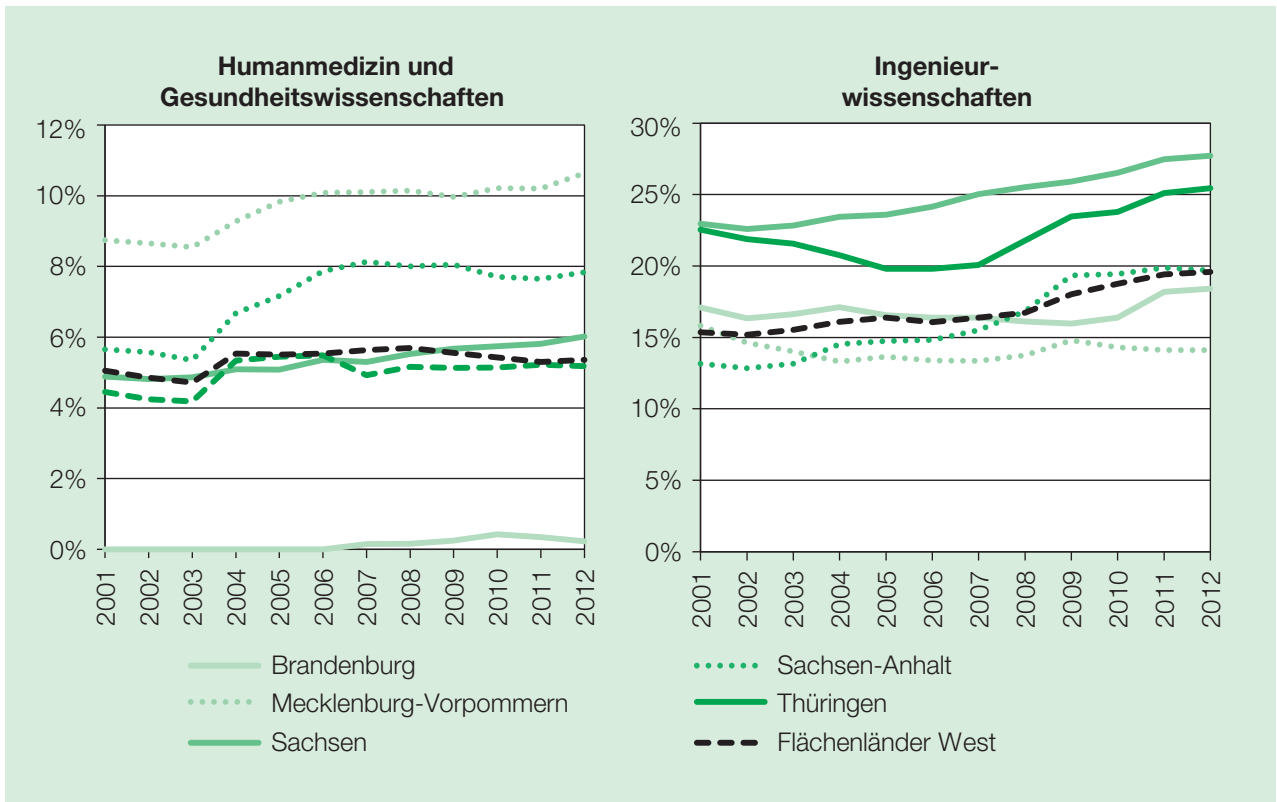
Quellen: Statistisches Bundesamt (2014a), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 4: Entwicklung der Studierendenzahl (2001=100, links) und Verhältnis aus Zahl der Studierenden und Bevölkerungsgröße (rechts) in den ostdeutschen Flächenländern und den Flächenländern West



Quellen: Statistisches Bundesamt (2014a), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 5: Anteil der Studierenden in den Fächergruppen Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften (links) sowie Ingenieurwissenschaften (rechts) in den ostdeutschen Flächenländern und den Flächenländern West



Quellen: Statistisches Bundesamt (2014a), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

werden jedoch innerhalb der Hochschulfinanzstatistik nicht erfasst. Aus der Infobox kann die Gliederung der Einnahmen und Ausgaben in der Statistik sowie die Berechnungsvorschrift zur Ermittlung der Grundmittel entnommen werden. Auf der Ausgabenseite werden im Folgenden die Laufenden Ausgaben der Hochschulen betrachtet. Sie geben die Gesamtausgaben der Hochschulen abzüglich der Investitionsausgaben wieder und somit einen Hinweis auf die notwendigen Ausgaben für die Grundausstattung im Bereich der Lehre und Forschung.

Da die Daten aus der Hochschulfinanzstatistik keine differenzierte Betrachtung der Bereiche Lehre und Forschung sowie der Krankenversorgung für die Universitätsmedizin umfassen, könnten bei den Kennzahlen zu Lehre und Forschung bei der Universitätsmedizin Verzerrungen hinsichtlich der Einnahmen und Ausgaben auftreten. Die Einnahmen für die Krankenversorgung werden der Universitätsmedizin durch die Krankenkassen zur Verfügung gestellt und werden nur für diesen Bereich verwendet. Innerhalb der Statistik wird der Anteil der Krankenversorgung jedoch nicht gesondert ausgewiesen, sondern allgemein der Finanzausstattung der Hochschulen zugeordnet. Bei der Interpretation der Ergebnisse wird dieser Umstand berücksichtigt.

Infobox: Gliederung der Einnahmen und Ausgaben in der Hochschulfinanzstatistik

Ausgaben insgesamt:

- Laufende Ausgaben (Personalausgaben, laufender Sachaufwand)
- Investitionsausgaben

Einnahmen insgesamt:

- Verwaltungseinnahmen (Beiträge der Studierenden, Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und Vermögen)
- Drittmittel
- Einnahmen aus anderen Zuweisungen und Zuschüssen^a

(Berechnete) Grundmittel:

Ausgaben insgesamt
abzgl. Verwaltungseinnahmen
abzgl. Drittmittel

^a Diese Position umschließt lediglich die Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen, soweit diese nicht für Lehr- und Forschungszwecke dienen und nicht unter anderen Schlüsselnummern verbucht werden können.

Quellen: Statistisches Bundesamt (2014c,d,e), Darstellung des ifo Instituts.

Laufende Ausgaben

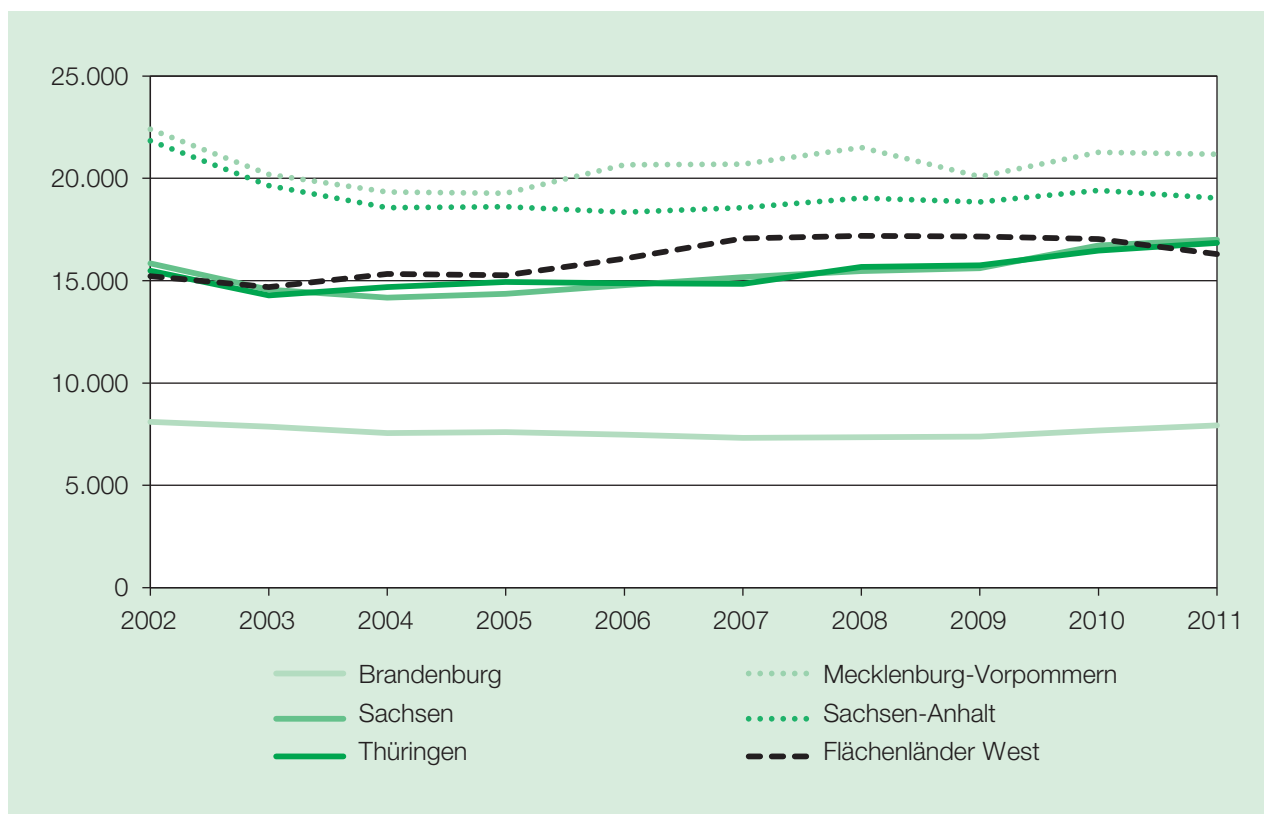
Die Laufenden Ausgaben der Hochschulen berechnen sich aus den Gesamtausgaben abzüglich der Investitionsausgaben. Investitionsausgaben werden von den Hochschulen diskretionär und unregelmäßig getätigt; sie können damit im Zeitverlauf erheblich schwanken. Die in der Statistik erfassten Gesamtausgaben sind diesbezüglich in allen Jahren verzerrt. Die Laufenden Ausgaben hingegen sind für die Erfüllung der Kernaufgaben der Hochschulen erforderlich. Sie stellen die Ausgaben dar, die zum Betrieb der Hochschule notwendig sind und werden als relevante Vergleichsgröße herangezogen, da sie an allen Hochschulen gleichermaßen anfallen. Damit die Ausgaben sich für einen Vergleich zwischen den Bundesländern eignen, werden die Laufenden Ausgaben der Hochschulen je Studierenden betrachtet.

Die preisbereinigten Laufenden Ausgaben je Studierenden der Hochschulen unterliegen für die ostdeutschen Flächenländer zwischen den Jahren 2002 und 2011 nur leichten Schwankungen. Am aktuellen Rand beliefen sich diese auf rund 16.300 € je Studierenden. Wie aus Abbildung 6 ersichtlich ist, fallen die geringsten Laufenden Ausgaben an den Hochschulen Brandenburgs

an. Das Land Mecklenburg-Vorpommern verzeichnet hingegen für den gesamten Zeitraum die höchsten Ausgaben, gefolgt von Sachsen-Anhalt. Die sächsischen Hochschulen liegen in der Vergleichsgruppe mit Thüringen und den Flächenländern West im Mittelfeld, wobei wie in Thüringen seit dem Jahr 2004 ein leichter, kontinuierlicher Anstieg zu beobachten ist. Auffällig ist die hohe Korrelation der laufenden Ausgaben mit dem Anteil der Studierenden in der Fächergruppe Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften (vgl. Abb. 5).

Um dieser Beobachtung nachzugehen, werden die Laufenden Ausgaben für die ostdeutschen Flächenländer ergänzend nach Fächergruppen betrachtet. Es wird untersucht, ob die Entwicklung der Ausgaben für einen bestimmten Bereich Besonderheiten enthält und sich somit mögliche Ursachen für die Ausgabenverläufe identifizieren lassen, oder ob besonders ausgabenintensive Fächergruppen vorliegen, die in der Vergangenheit an Bedeutung gewonnen haben. Für die Analyse der Laufenden Ausgaben nach Fächergruppen werden die Sprach- und Kulturwissenschaften, Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Ingenieurwissenschaften, Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften sowie Mathematik und Naturwissenschaften unterschieden.

Abbildung 6: Laufende Ausgaben der Hochschulen je Studierenden in den ostdeutschen Flächenländern und den Flächenländern West (in Preisen des Jahres 2011, in €)



Quellen: Statistisches Bundesamt (2014a,c), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Die Entwicklung der Ausgaben je Studierenden in den jeweiligen Fächergruppen ist in Abbildung 7 für die ostdeutschen Flächenländer sowie die Flächenländer West aufgeführt. Die mit Abstand höchsten Laufenden Ausgaben entfallen auf den Fachbereich Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften (einschließlich Krankenversorgung), gefolgt von der Mathematik und Naturwissenschaften sowie den Ingenieurwissenschaften. Innerhalb der Universitätsmedizin werden bis zum Jahr 2008 die höchsten Laufenden Ausgaben an den Hochschulen in Sachsen-Anhalt getätigt. Für die Folgejahre übersteigen die Laufenden Ausgaben in dieser Fächergruppe der Hochschulen in Thüringen jene der Hochschulen in Sachsen-Anhalt. Im Ländervergleich sind die Ausgaben für alle genannten Fächergruppen in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg verhältnismäßig gering.² Die Hochschulen aus Thüringen weisen hingegen im Jahr 2012 in drei von fünf Fächergruppen durchschnittlich die höchsten Ausgaben auf. Sachsen verzeichnet in der Fächergruppe der Ingenieurwissenschaften die höchsten Laufenden Ausgaben; auch der Anteil der Ingenieurstudenten war in Sachsen am höchsten (vgl. Abb. 5).

Für die ostdeutschen Flächenländer können im Vergleich mit den westdeutschen Flächenländern bei den Laufenden Ausgaben für die einzelnen Fächergruppen keine systematischen Unterschiede festgestellt werden.

Grundmittel

Für eine vollständige Beurteilung der Finanzausstattung der Hochschulen werden im Folgenden neben den Ausgaben auch die Einnahmen der Hochschulen betrachtet. Innerhalb der Hochschulfinanzstatistik werden zum einen die Verwaltungseinnahmen und Drittmittel erfasst und zum anderen die Höhe der Grundmittel berechnet (vgl. Infobox). Die ersten beiden Einnahmepositionen umfassen den Teil der Einnahmen, den die Hochschulen unabhängig von den Zuschüssen durch den Träger erzielen. Im Gegensatz dazu bilden die Grundmittel einen Indikator für die Höhe der Zuschüsse und Zuweisungen von Hochschulträgern, welche den Hochschulen als Einnahmen für die Grundfinanzierung von Lehre und Forschung dienen (vgl. Abb. 8). Zur Bestimmung der Grundmittel werden von den Gesamtausgaben der Hochschulen die Verwaltungseinnahmen und die Drittmiteleinnahmen abgezogen.³

Im Jahr 2011 standen den ostdeutschen Hochschulen insgesamt rund 9.500 € an Grundmitteln je Studierenden zur Verfügung. Dies bedeutet im Vergleich zum Jahr 2002 eine Verringerung dieses Betrags um mehr als 3.000 € je Studierenden. Wie aus Abbildung 8 ersichtlich wird, ist dieser rückläufige Trend der Jahre 2002 bis 2009 weitestgehend in allen ostdeutschen Flächenländern er-

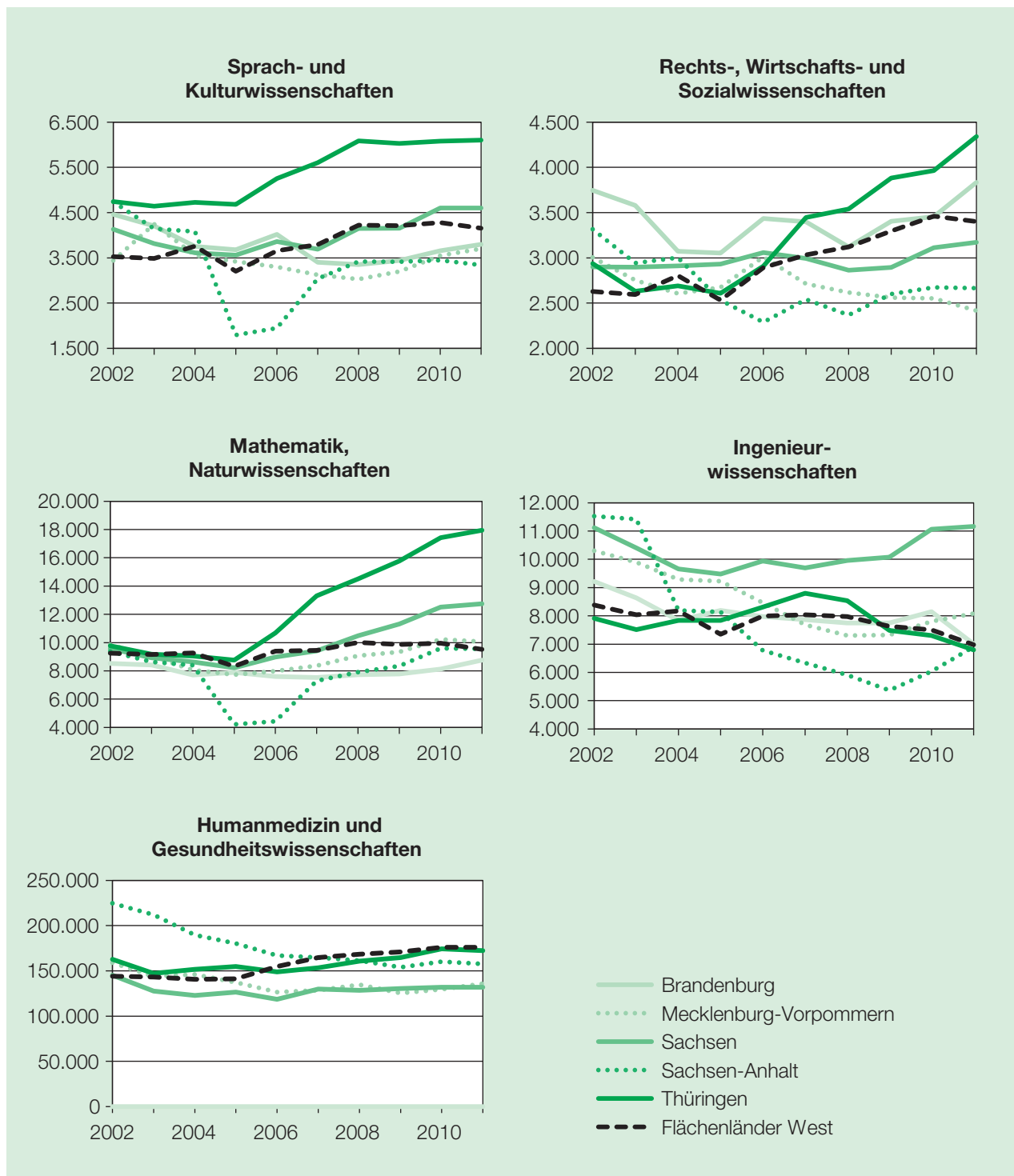
kennbar. Erst in jüngerer Vergangenheit steigen die Grundmittel leicht an. Die geringsten Zuschussbedarfe der Vergleichsgruppe können für Brandenburg konstatiert werden, wo auch der Anteil der Medizinstudierenden am geringsten ist (vgl. Abb. 5). Mecklenburg-Vorpommern und auch Sachsen weisen hingegen einen deutlich höheren Bedarf an Grundmitteln auf. Gründe hierfür könnten u. a. in dem unterschiedlichen Fächermix der Hochschulen zu finden sein. So weisen die Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen einen deutlich höheren Anteil an Studierenden der Fächergruppen Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften bzw. Ingenieurwissenschaften auf, deren Ausgaben je Studierenden allgemein höher ausfallen als bei anderen Fakultäten [vgl. Eck et al. (2015a)]. Die Grundmittel je Studierenden in den westdeutschen Flächenländern liegen etwa auf einem mittleren Niveau in der Vergleichsgruppe.

Veränderung der Grundmittel gegenüber der Veränderung der Studierendenzahl

Um einen Überblick über die Veränderung der Bedeutung der Grundmittel zur Finanzierung der Hochschulen zu erhalten, wird der Veränderung der Grundmittel im Zeitraum der Jahre 2002 bis 2011 die Veränderung der Studierendenzahl im selben Zeitraum gegenübergestellt (vgl. Abb. 9). In fast allen Bundesländern überstieg der relative Anstieg der Studierendenzahlen den relativen Anstieg der Grundmittel. Die im Diagramm dargestellte 45°-Linie markiert genau jene Koordinaten, bei denen die relative Veränderung von Grundmitteln und Studierenden gleich ausfällt. Bundesländer, die unterhalb der 45°-Linie liegen, weisen eine im Verhältnis zur Studierendenzahl überproportional stark gestiegene Grundmittelausstattung auf. Dies ist ausschließlich für Hessen der Fall. Drei der ostdeutschen Flächenländer (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) verzeichnen einen Rückgang der Grundmittel im Zeitverlauf, wohingegen die Studierendenzahl zwischen den Jahren 2002 und 2011 um mindestens 15 % gestiegen ist. In Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern sind die Grundmittel im betrachteten Zeitabschnitt zwar gestiegen, jedoch haben sich die Studierendenzahlen stärker erhöht.

Damit zeigt sich für die ostdeutschen Hochschulen, dass für ein gleichbleibendes Ausgabeniveau je Studierenden vermehrt auf andere Einnahmequellen zurückgegriffen werden muss. Vergleicht man die Entwicklung der ostdeutschen und westdeutschen Flächenländer insgesamt, so ist für beide Landesteile eine steigende Studierendenzahl feststellbar, jedoch steigen die Grundmittel in Westdeutschland annähernd proportional, wohingegen den ostdeutschen Bundesländern weniger Mittel zur Verfügung stehen.

Abbildung 7: Laufende Ausgaben der Hochschulen je Studierenden nach Fächergruppe in den ostdeutschen Flächenländern und den Flächenländern West (in Preisen des Jahres 2011, in €)



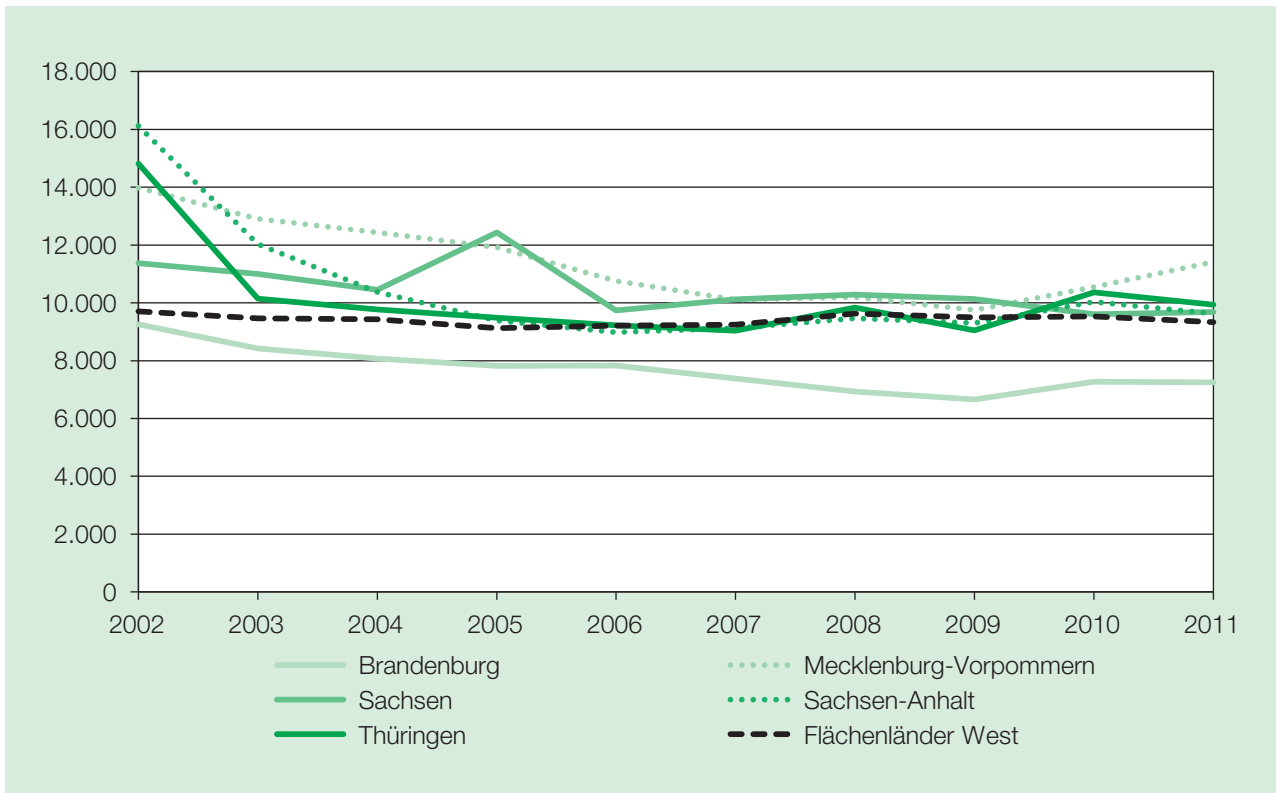
Quellen: Statistisches Bundesamt (2014a,c), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Verwaltungseinnahmen

Neben den Zuweisungen und Zuschüssen vom Träger, welche durch die Grundmittel abgebildet wurden, erzielen die Hochschulen eigene Einnahmen. Diese sogenann-

ten „Gesamteinnahmen“ umfassen die Verwaltungseinnahmen und die Drittmiteleinnahmen. In Abbildung 10 werden zunächst die Verwaltungseinnahmen je Studierenden für die ostdeutschen Flächenländer und die Flächenländer West im Zeitverlauf abgetragen. Die höchsten

Abbildung 8: Grundmittel je Studierenden in den ostdeutschen Flächenländern und den Flächenländern West (in Preisen des Jahres 2011, in €)



Quellen: Statistisches Bundesamt (2014a,c), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Verwaltungseinnahmen im Betrachtungszeitraum können in den ostdeutschen Flächenländern Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt verzeichnet werden. Die hohen Einnahmen der Hochschulen dieser Bundesländer könnten wiederum durch ihren hohen Anteil an Studierenden in der Fächergruppe Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften erklärt werden. So entfallen beispielsweise rund 95,7 % der Verwaltungseinnahmen der Hochschulen aus Mecklenburg-Vorpommern auf die Universitätsmedizin. Hierbei ist erneut anzumerken, dass die Verwaltungseinnahmen im medizinischen Bereich vornehmlich aus der Bereitstellung von Gesundheitsleistungen, die von den Krankenkassen getragen werden, resultieren und nicht für Lehre und Forschung zur Verfügung stehen. Insgesamt ist die Korrelation der Verwaltungseinnahmen und des Anteils der Studierenden der Fächergruppe Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften wiederum hoch (vgl. Abb. 5).

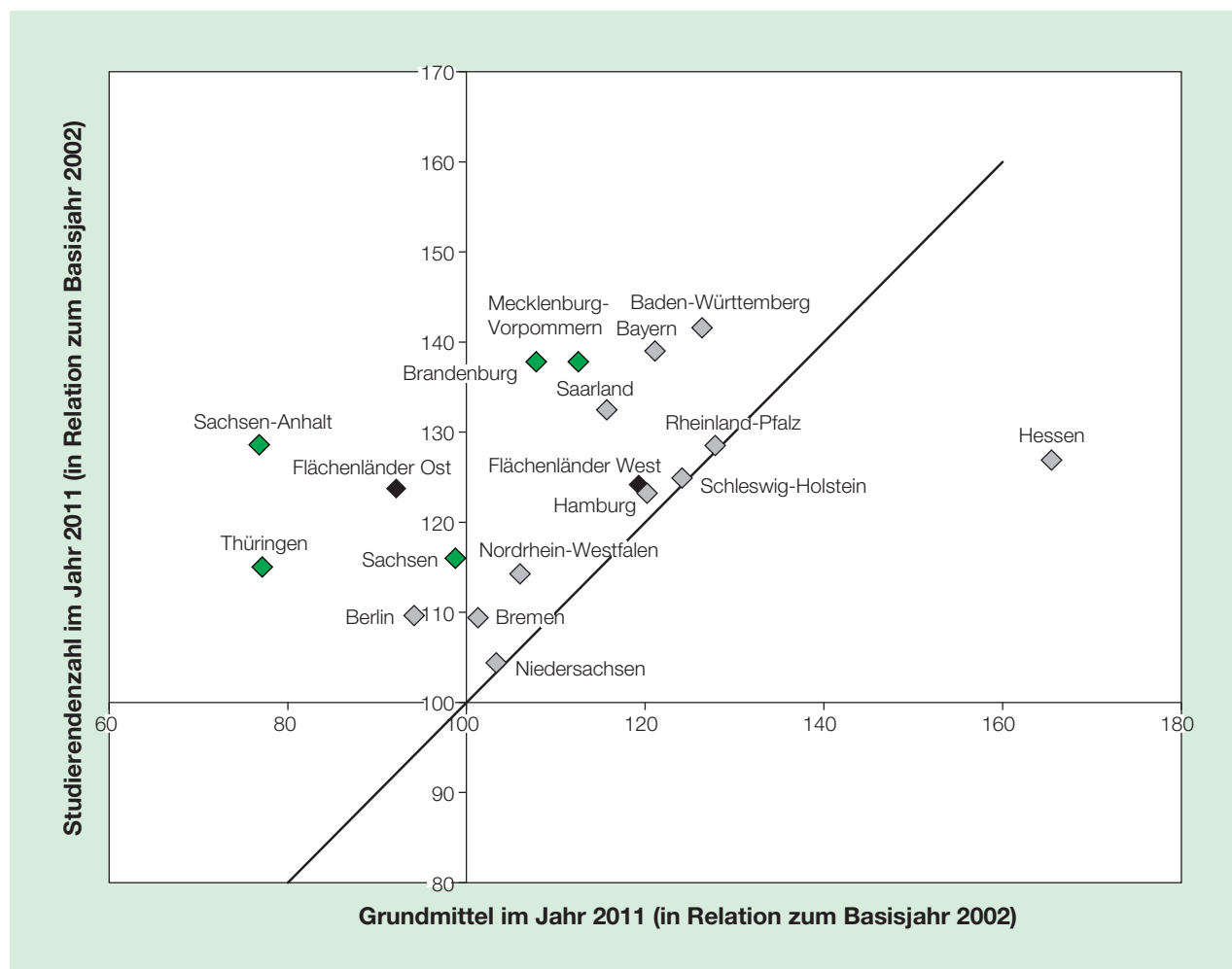
Drittmittel

Neben den Verwaltungseinnahmen gewinnen die Drittmittel zunehmend an Bedeutung für die Finanzausstattung der Hochschulen. Die Drittmittel

sind dabei jene Einnahmen, die die Hochschulen von öffentlichen und privaten Stellen zusätzlich zur Grundausstattung für Lehre und Forschung einwerben. Im Bereich der Forschung ist an den Hochschulen eine wachsende Abhängigkeit von Drittmitteln und ein erhöhter Wettbewerbsdruck im Wissenschaftssystem zu konstatieren [vgl. IHF (2010)]. In Abbildung 11 werden die Drittmittel-einnahmen je Studierenden im Zeitverlauf dargestellt. Hierbei zeigt sich, dass die eingeworbenen Drittmittel je Studierenden über den gesamten Betrachtungszeitraum ansteigen. Sowohl in allen ostdeutschen Flächenländern als auch in Westdeutschland (ohne Stadtstaaten) ist ein kontinuierlicher Anstieg dieser Einnahmen zu verzeichnen. Die Drittmittel-einnahmen geben den Erfolg der Hochschulen bei der Einwerbung von Forschungsmitteln wieder und können damit als Indikator für die Qualität der Forschung an einer Hochschule angesehen werden.

Die Hochschulen in Sachsen nehmen im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Flächenländern und den Flächenländern West seit dem Jahr 2006 deutlich höhere Drittmittel ein. Im Jahr 2011 standen den Hochschulen in Sachsen durchschnittlich rund 3.900 € je Studierenden zur Verfügung. Aufgrund der Förderung durch die Exzellenzinitiative stehen den sächsischen Hochschulen unter den ostdeutschen Flächenländern die höchsten zusätz-

Abbildung 9: Veränderung der Grundmittel und der Studierendenzahlen vom Jahr 2002 zum Jahr 2011 (in Preisen des Jahres 2011)



Quellen: Statistisches Bundesamt (2014a,c), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

lichen Forschungsgelder zur Verfügung. Auch der Vergleich mit den Hochschulen der westdeutschen Flächenländer zeigt, dass Sachsen höhere Drittmiteinnahmen je Studierenden generiert und somit zunehmend an Forschungsstärke gewinnt. Im Gegensatz dazu weisen die übrigen ostdeutschen Flächenländer bis zum Jahr 2010 durchgängig geringere Drittmiteinnahmen im Vergleich zum Durchschnitt der Flächenländer West auf. Im gesamten Zeitraum generieren die Bundesländer Brandenburg und Sachsen-Anhalt die niedrigsten Einnahmen je Studierenden durch Drittmittelprojekte.

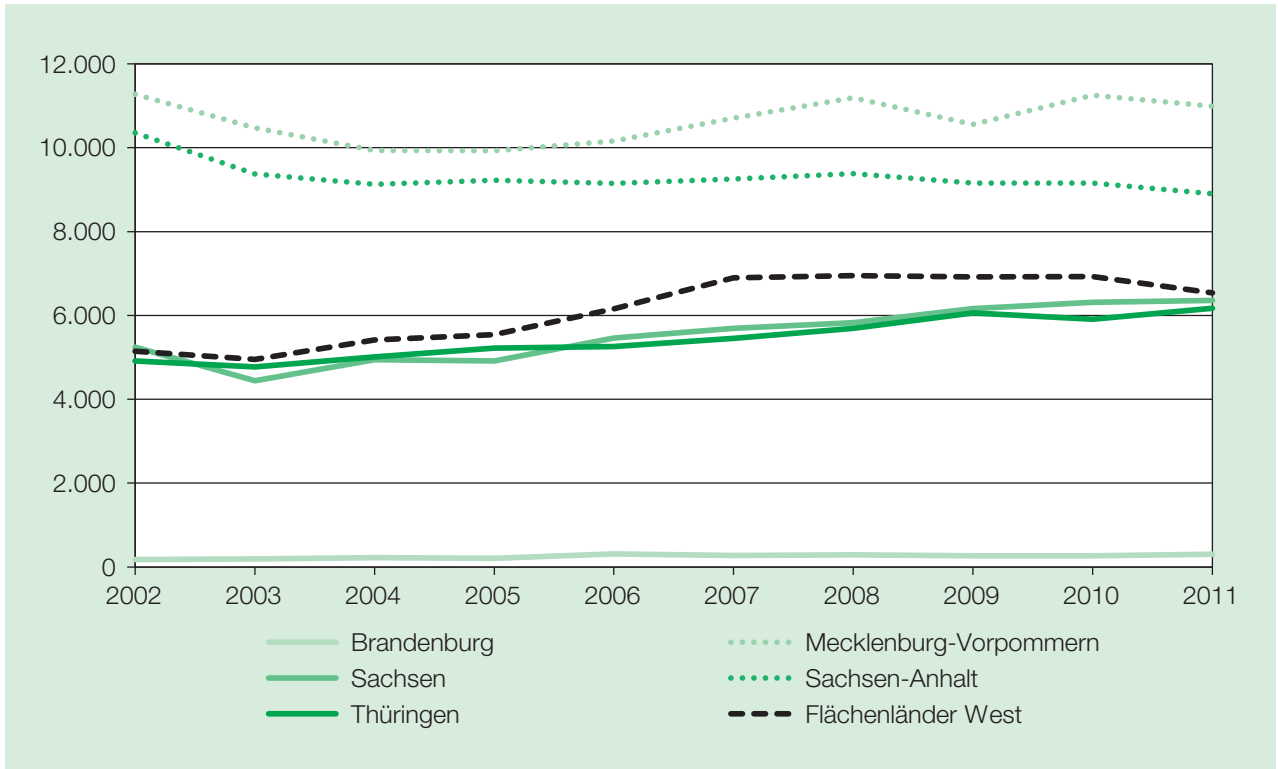
Ausgewählte Kooperationsprojekte zwischen Bund und Ländern

Im folgenden Abschnitt wird ein kurzer Abriss ausgewählter Kooperationsprojekte zwischen Bund und Ländern gegeben. Eine Möglichkeit zur Mitfinanzierung

der Hochschulen durch den Bund besteht nur dann, wenn Bund und Länder in Fällen „überregionaler Bedeutung“ zusammen arbeiten. Mit der Änderung des Art. 91b GG im Zuge der Föderalismusreform I besteht für den Bund und die Länder nun wieder die Möglichkeit, gemeinsam durch Kooperationen in Lehre und Forschung einen zusätzlichen Beitrag zur Finanzausstattung der Hochschulen zu leisten. Dies ermöglicht eine gemeinsame Förderung von Einrichtungen und Vorhaben der Wissenschaft und Forschung von Hochschulen, welche bspw. in Form der Exzellenzinitiative, des Hochschulpaktes 2020 oder des Qualitätspakts Lehre realisiert werden.

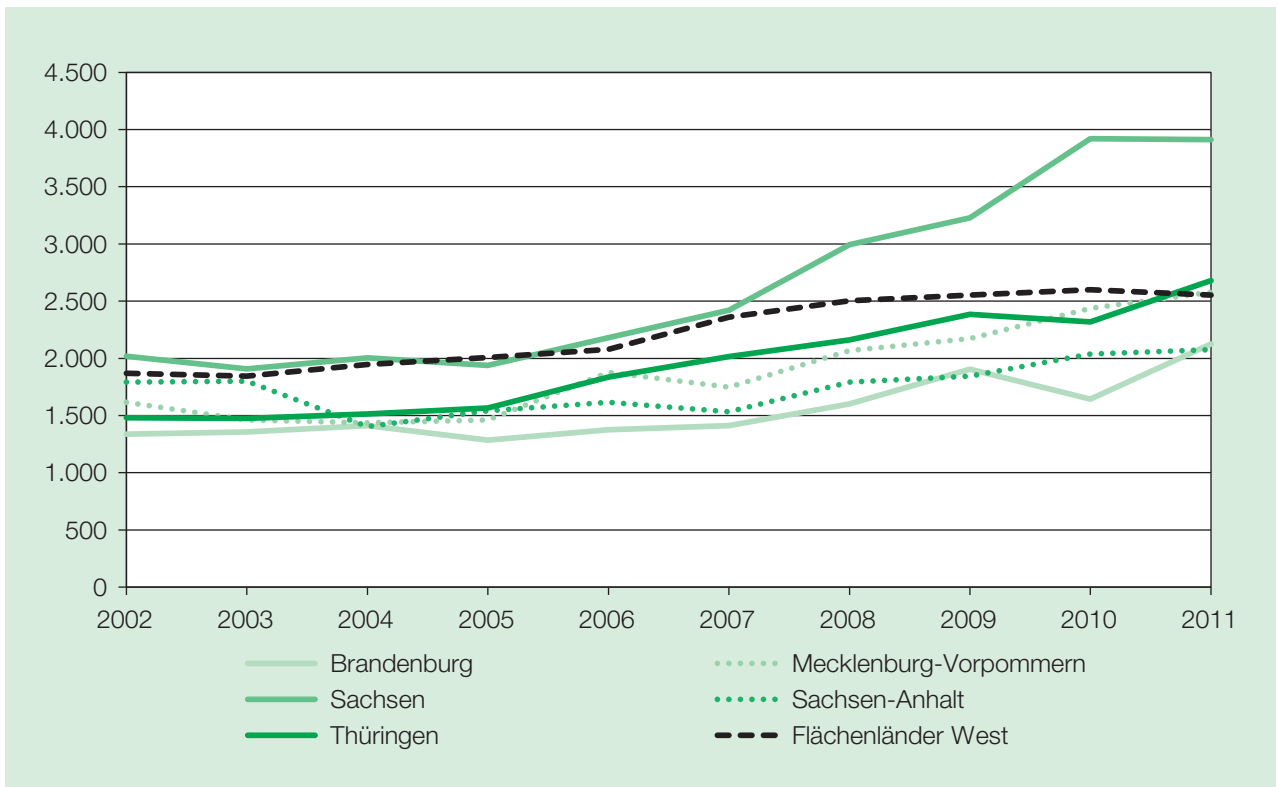
Die Exzellenzinitiative wurde im Jahr 2005 zwischen Bund und Ländern beschlossen. Die Organisation des Programms erfolgt durch das Zusammenwirken der DEUTSCHEN FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT (DFG) und des WISSENSCHAFTSRATS. Ziel ist es, den Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken, seine internationale

Abbildung 10: Verwaltungseinnahmen je Studierenden von 2002 bis 2012 in den ostdeutschen Flächenländern und den Flächenländern West (in Preisen des Jahres 2011, in €)



Quellen: Statistisches Bundesamt (2014a,c), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 11: Drittmittel je Studierenden von 2002 bis 2012 in den ostdeutschen Flächenländern und den Flächenländern West (in Preisen des Jahres 2011, in €)



Quellen: Statistisches Bundesamt (2014a,c), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und die Spitzenforschung in Deutschland sichtbar zu machen (vgl. ExV II). Die Hochschulen sollen in der Lage sein, international wettbewerbsfähige Forschungsprofile zu entwickeln und auszubauen. Dazu stellen Bund und Länder zusätzlich Mittel u. a. zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlern oder Exzellenzclustern zur Verfügung. Im Jahr 2012 wurden insgesamt 99 Projekte an 43 Hochschulen für die Förderung ausgewählt. In Abbildung 12 ist die Verteilung der zugewiesenen Mittel für das Jahr 2012 dargestellt.

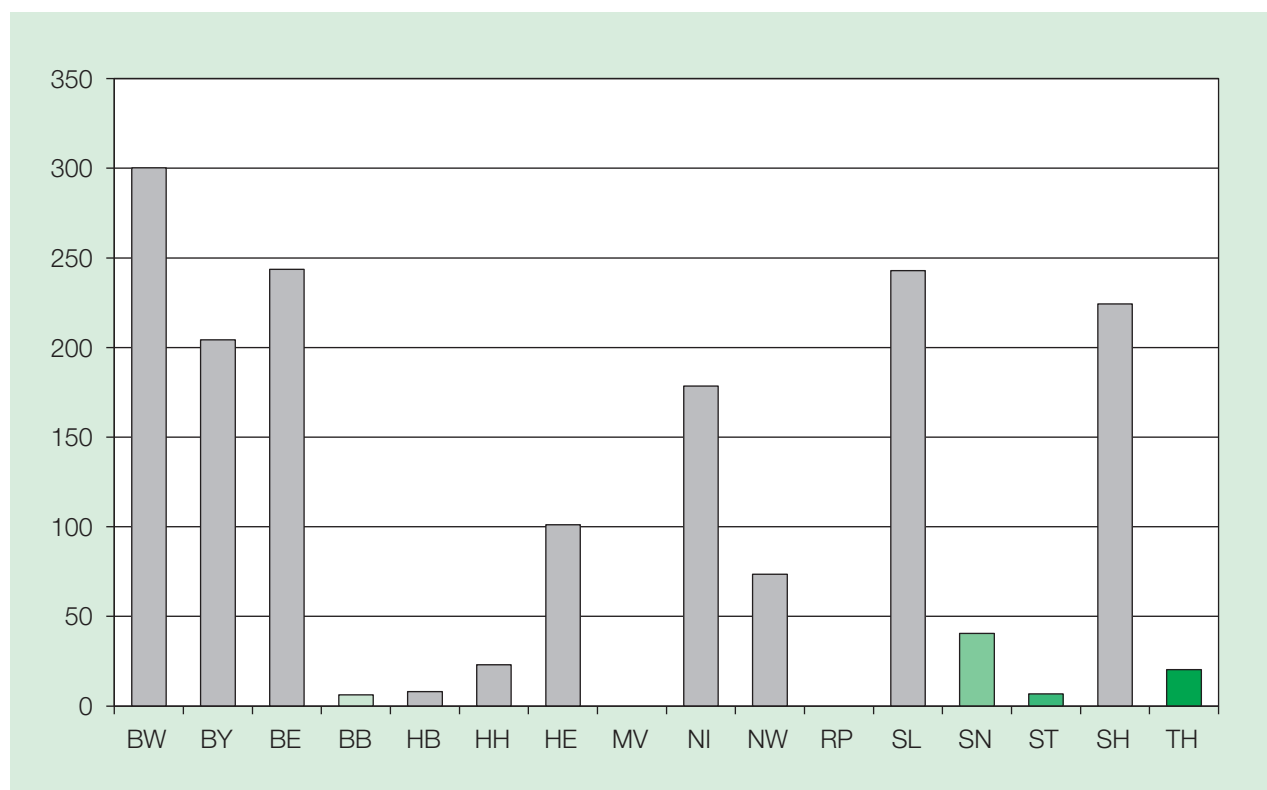
Je Studierenden weist Baden-Württemberg mit rund 300 € die höchsten Zuschüsse auf, aber auch Bayern, Berlin, das Saarland und Schleswig-Holstein erhalten über 200 € je Studierenden [vgl. DFG (2014)]. Den Hochschulen in den ostdeutschen Flächenländern werden hingegen deutlich weniger Mittel zugewiesen (höchstens rund 41 € je Studierenden in Sachsen). In Mecklenburg-Vorpommern erhält ebenso wie in Rheinland-Pfalz keine Hochschule eine Förderung im Rahmen der Exzellenzinitiative.

Ein weiteres Kooperationsprojekt zwischen Bund und Ländern bildet der Hochschulpakt 2020. Die Verwaltungsvereinbarung über den Hochschulpakt 2020 wurde zwischen Bund und Ländern im Jahr 2007 mit

dem Ziel beschlossen, für die zunehmende Zahl an Studienberechtigten die Aufnahme eines Studiums durch den Ausbau des Studienplatzangebots zu gewährleisten. Die Finanzierung für den Ausbau der Studienplätze erfolgt dabei gemeinsam durch Bund und Länder. Im Hochschulpakt sind in der ersten Programmphase 22.000 € je tatsächlichem, gegenüber der Gesamtzahl des Jahres 2005 nachgewiesenen, zusätzlichen Studienanfänger vorgesehen, wovon die Hälfte durch den Bund getragen wird.

Darüber hinaus sieht die Verwaltungsvorschrift für die ostdeutschen Flächenländer sowie für die drei Stadtstaaten Sonderzahlungen durch Pauschalzuweisungen vor. Für diese Länder wurde angenommen, dass sich die Studienanfängerzahlen nur geringfügig ändern und gegebenenfalls verringern. Mit den zusätzlich zur Verfügung gestellten Pauschalzuweisungen verpflichten sich die ostdeutschen Flächenländer sowie die Stadtstaaten, ihre Kapazitäten weitgehend auf dem Niveau des Jahres 2005 aufrechtzuerhalten. Dementsprechend wurden in der ersten Programmphase für die ostdeutschen Flächenländer und die Stadtstaaten in der Verwaltungsvereinbarung keine Ausgaben für zusätzliche Studienanfänger veranschlagt. Die Plangrößen der Finanzmittel vom Bund belaufen sich deutschlandweit auf 583,7 Mill. €, wobei

Abbildung 12: Zugewiesene Mittel im Rahmen der Exzellenzinitiative je Studierenden nach Ländern im Jahr 2012 (in €)



Quellen: DFG (2014), Statistisches Bundesamt (2014a), Darstellung des ifo Instituts.

ca. 84,8 Mill. € für die ostdeutschen Flächenländer vorgesehen sind (vgl. Tab. 1). Innerhalb der zweiten Programmphase vom Jahr 2011 bis zum Jahr 2015 werden die Mittel je zusätzlichen Studienanfänger um 4.000 € auf 26.000 € erhöht.

Ziel ist es, die Qualität der Lehre zu erhöhen und den zunehmenden Bedarf an zusätzlichen Studienplätzen zu decken. Mit der neuen Verwaltungsvorschrift sind nun auch die ostdeutschen Flächenländer sowie die Stadtstaaten dazu verpflichtet, neben den Pauschalzuweisungen eigene finanzielle Leistungen zu erbringen. Diese orientieren sich an den in der Verwaltungsvereinbarung festgelegten Referenzlinien, von denen aus die zusätzlichen Studienanfänger ermittelt werden. Für insgesamt 623.787 zusätzliche Studierende veranschlagt der Bund Ausgaben in Höhe von rund 7,0 Mrd. €. Die Ausgaben der Länder liegen bei rund 5,7 Mrd. €. ⁴ Aus Tabelle 1 ist ersichtlich, dass in Ostdeutschland aufgrund der niedrigeren Nachfrage nach zusätzlichen Studienplätzen deutlich geringere Mittel vorgesehen sind als in den westdeutschen Bundesländern.

Mit dem Programm „Qualitätspakt Lehre“ verfolgen Bund und Länder das Ziel, bessere Studienbedingungen und mehr Qualität im Bereich der Lehre zu schaffen. Insbesondere sollen dabei die Betreuung der Studierenden

und die Lehrqualität an Hochschulen durch eine verbesserte Personalausstattung erhöht werden. Für die Erfüllung dieser Ziele stellt der Bund ausgewählten Hochschulen in den Jahren 2011 bis 2020 insgesamt rund 2,0 Mrd. € zur Verfügung. Der Auswahlprozess erfolgte durch ein Gremium von Experten aus Wissenschaft, Hochschulmanagement und Studierendenschaft sowie Vertretern des Bundes und der Länder. Insgesamt wurden 186 Hochschulen aus ganz Deutschland ausgewählt, darunter 78 Universitäten, 78 Fachhochschulen und 30 Kunst- und Musikhochschulen. Die Hochschulen können zunächst bis zum Jahr 2016 ihre Konzepte für gute Lehre und verbesserte Studienbedingungen umsetzen. Nach einer anschließenden Evaluation der geförderten Projekte besteht die Möglichkeit einer Fortsetzung der Förderung bis längstens zum Jahr 2020. Die Höhe der bereitgestellten Mittel je Studierenden ist in Abbildung 13 für die Bundesländer dargestellt.

Im Durchschnitt erhalten die Länder rund 72,50 € je Studierenden im Rahmen des Förderprogramms, wobei sich ländervergleichend eine einheitlichere Mittelverteilung als bei der Exzellenzinitiative ergibt. Zu den Ländern mit den höchsten Zuweisungen je Studierenden gehören Brandenburg (105,20 €), Thüringen (96,20 €) und Niedersachsen (91,00 €).

Tabelle 1: Vorgesehene Verteilung der Landes- und Bundesmittel zur Umsetzung des Hochschulpaktes 2020 entsprechend der Angaben in der Verwaltungsvorschrift

	Programmphase I (2007–2010)		Programmphase II (2011–2015)	
	durch den Bund	durch die Länder	durch den Bund	durch die Länder
Zus. Studienanfänger gegenüber dem jeweiligen Referenzwert	185.024		623.787	
Mittelpfänger	Bereitgestellte Mittel (Mill. €)			
	durch den Bund	durch die Länder	durch den Bund	durch die Länder
Deutschland insgesamt	583,7	990,7	7.031,1	5.730,1
<i>Flächenländer West</i>	438,4	990,7	4.965,8	4.625,0
<i>Flächenländer Ost</i>	84,8	–	951,0	398,3
Brandenburg	16,1	–	158,3	79,0
Mecklenburg-Vorpommern	10,9	–	106,0	40,3
Sachsen	27,1	–	314,0	91,3
Sachsen-Anhalt	15,8	–	185,0	86,3
Thüringen	14,9	–	187,7	101,4

Anmerkung: Für die Jahre 2007 bis 2011 liegen Ist-Daten für die bereitgestellten Mittel vor. Die Berechnungen der Ausgaben für 2012 bis 2015 beziehen sich auf die Soll-Vorgaben der geänderten Verwaltungsvorschrift von 2013.

Quellen: Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 91b Abs. 1 Nr. 2 des Grundgesetzes über den Hochschul-pakt 2020, Darstellung des ifo Instituts.

Fazit

Die demographischen Veränderungen im Osten Deutschlands sind nicht spurlos an den Hochschulen in dieser Region vorbeigegangen. Allerdings wurden die Effekte aus dem demographischen Wandel zu einem großen Teil durch Wanderungsströme von Studienanfängerinnen aus dem Westen Deutschlands in die ostdeutschen Flächenländer gedämpft. Dies führt dazu, dass sich die Zusammensetzung der Studierenden nach Herkunft an den Hochschulen in Ostdeutschland verändert hat. Kamen vor dem Jahr 2008 noch über 50 % der Studienanfänger aus dem eigenen Land (Brandenburg: 35 %), lag dieser Wert im Jahr 2012 noch bei 27 % bis 37 %.

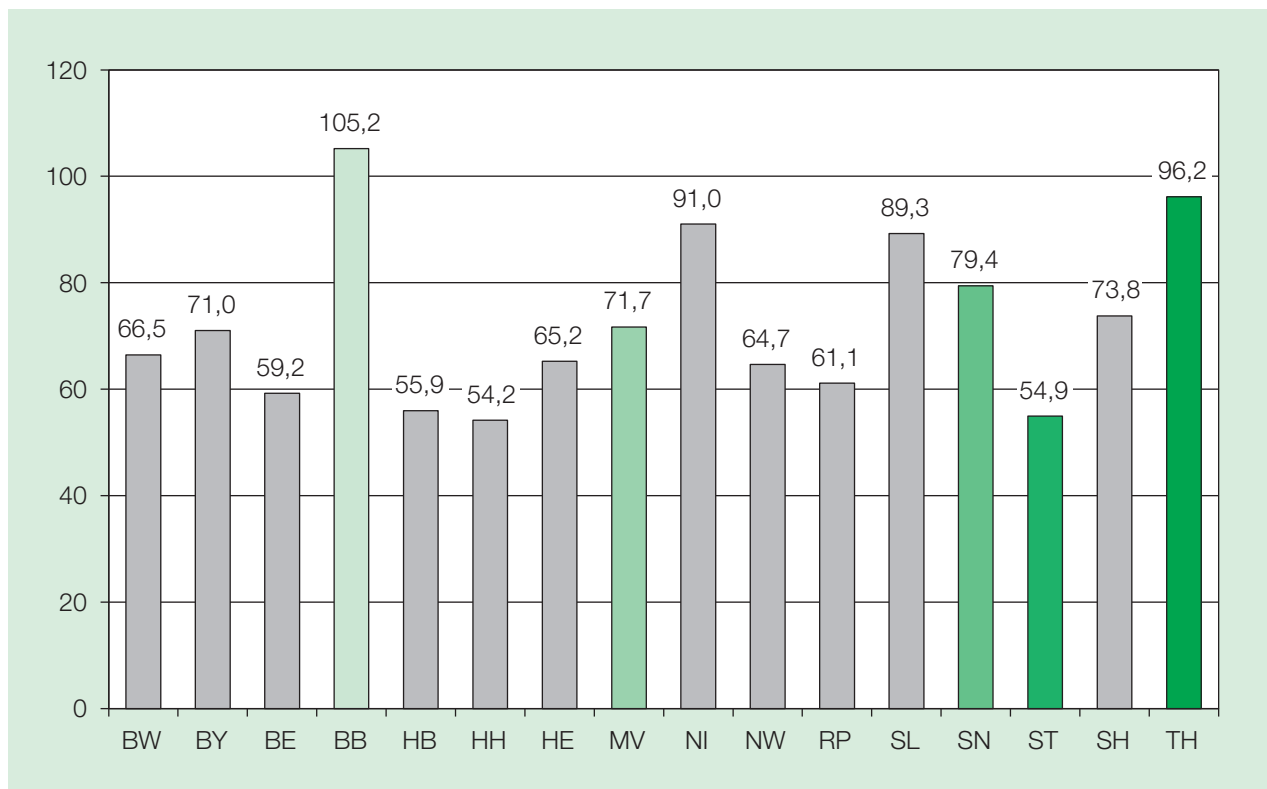
Die Analyse der Ausgaben der Hochschulen hat gezeigt, dass die Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt relativ zu den anderen ostdeutschen Flächenländern höhere laufende Ausgaben je Studierenden aufweisen (wobei diese auch die Ausgaben der Universitätsmedizin für die Krankenversorgung enthalten). Eine Ursache hierfür liegt in der hohen Bedeutung der Fächergruppe Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften in diesen Bundesländern. Die Ausführungen haben gezeigt, dass die laufenden Ausgaben je Studierenden hoch mit dem Anteil der Studierenden in

dieser Fächergruppe korreliert sind. Für die Einnahmen der Hochschulen zeigte sich sowohl für die ostdeutschen als auch für die westdeutschen Flächenländer, dass die Bedeutung der Einnahmen vom Träger an Bedeutung verloren hat. Dies wurde bei der Gegenüberstellung der Grundmittel- und Studierendenveränderungen vom Jahr 2002 zum Jahr 2011 deutlich: Die Höhe der Grundmittel, welche vom Träger bereitgestellt werden, steigt für die ostdeutschen Flächenländer im Verhältnis zu den Studierendenzahlen unterproportional stark und im Ländervergleich unterdurchschnittlich an. Die Generierung von Drittmitteln gewinnt damit zunehmend an Bedeutung. Folglich rücken die zusätzlich zur Grundausstattung für Lehre und Forschung eingeworbenen Finanzmittel immer mehr in den Fokus der Hochschulsteuerung. Im Rahmen der Exzellenzinitiative belegen die ostdeutschen Flächenländer, mit Ausnahme von Sachsen, jedoch eher hintere Plätze.

Literatur

BMBF – BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (Hrsg.) (2014a): Bildung in Deutschland 2014. Ein indikatorergestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung

Abbildung 13: Zugewiesene Mittel des Bundes je Studierenden im Rahmen des Qualitätspaktes Lehre nach Ländern im Jahr 2012 (in €)



Quellen: BMBF (2014b), Statistisches Bundesamt (2014a), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

- von Menschen mit Behinderungen, Bertelsmann Verlag, Bielefeld.
- BMBF – BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (Hrsg.) (2014b): Zugewiesene Mittel des Bundes je Studierenden im Rahmen des Qualitätspaktes Lehre nach Bundesländern, <http://foerderportal.bund.de/foekat/jsp/SucheAction.do?actionMode=searchmask>, abgerufen am 05.08.2014.
- DFG – DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT (Hrsg.) (2014): Zugewiesene Mittel der DFG im Rahmen der Exzellenzinitiative nach Bundesländern, Sonderauswertung, Bonn.
- ECK, A.; GRALKA, S.; HELLER, J.; NAGL, W. und J. RAGNITZ (2015a): Hochschulfinanzierung in Mecklenburg-Vorpommern, Gutachten im Auftrag des Landesrechnungshofs Mecklenburg-Vorpommern, ifo Dresden Studie 75, München/Dresden.
- ECK, A.; GRALKA, S. und J. HELLER (2015b): Neue Herausforderungen im Hochschulbereich Ostdeutschlands?! Eine Bestandsaufnahme der demographischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, ifo Dresden berichtet 2/2015, S. 7–16.
- GWK – GEMEINSAME WISSENSCHAFTSKONFERENZ (Hrsg.) (2013): Hochschulpakt 2020, Bericht zur Umsetzung im Jahr 2011, Heft 32, Bonn.
- IHF – BAYRISCHES STAATSWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT FÜR HOCHSCHULFORSCHUNG UND HOCHSCHULPLANUNG (Hrsg.) (2010): Beiträge zur Hochschulforschung, 32. Jahrgang, Nr. 2/2010, München.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2013): Qualitätsbericht Hochschulfinanzstatistik, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2014a): Fachserie 11, Reihe 4.3.1, 1980–2012, mehrere Jahrgänge mit Sonderauswertung, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2014b): Fachserie 11 Reihe 4.1, mehrere Jahrgänge, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2014c): Fachserie 11 Reihe 4.5, mehrere Jahrgänge mit Sonderauswertung, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2014d): Bildungsfinanzbericht 2013, Ausgaben für Bildung, Funktion 13 – Hochschulen, mehrere Jahrgänge, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2014e): Bildungsfinanzbericht 2013, im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden.

¹ Aus methodischer Sicht ist darauf hinzuweisen, dass bei Verwendung der Daten aus der Hochschulfinanzstatistik Unsicherheiten hinsichtlich der Datenqualität und damit der Vergleichbarkeit bestehen können. Die Erhebung der Statistik erfolgt nach einem für alle Hochschulen gleich vorgegebenen Gliederungsplan, dessen einzelne Positionen eindeutig definiert sind. Dennoch können bei der Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben Unterschiede zwischen den Hochschulen auftreten. Die Daten der Hochschulfinanzstatistik werden vom STATISTISCHEN BUNDESAMT jedoch grundsätzlich als zuverlässig und präzise eingestuft [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2013)].

² In Mecklenburg-Vorpommern ist jedoch der Anteil der Studierenden in der Fächergruppe Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften überproportional hoch. Da in dieser Fächergruppe die mit Abstand höchsten Laufenden Ausgaben je Studierenden anfallen, weisen die Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns trotz vergleichsweise geringer Laufender Ausgaben in fast allen Fächergruppen insgesamt die höchsten Laufenden Ausgaben je Studierenden auf.

³ Die Zahlen über die tatsächliche Höhe der Zuwendungen und Zuweisungen durch den Träger werden im Rahmen der Hochschulfinanzstatistik nicht erfasst, sodass diese den Ausgaben der Hochschulen nicht gegenübergestellt werden können. Bei der Berechnung der Grundmittel ist weiterhin zu beachten, dass die Einnahmeposition „Andere Einnahmen und aus Zuweisungen und Zuschüssen“ von den Gesamtausgaben nicht abgezogen werden [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2014e)]. Dies resultiert einerseits aus der Tatsache, dass sich unter dieser Einnahmeart auch Trägermittel befinden können und andererseits die Größenordnung dieser Einnahmekategorie relativ gering ist.

⁴ Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass eine klare Abgrenzung der Ausgaben nach den Programmphasen nicht eindeutig erfolgen kann. So können die Bundesmittel in der zweiten Programmphase auch abgerechnete Ansprüche der ersten Phase enthalten. Baden-Württemberg und Bayern bspw. sind bereits in den Jahren 2007 und 2010 im Rahmen des Hochschulpaktes in Vorleistung gegangen, um die höhere Zahl an Studienanfängern vorzufinanzieren [vgl. GWK (2013)].